

Gesetz
zu dem Abkommen vom 13. Mai 1992
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika
über die Regelung bestimmter Vermögensansprüche

Vom 21. Dezember 1992

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 13. Mai 1992 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Regelung bestimmter Vermögensansprüche wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die staatliche Verwaltung über Vermögenswerte, die von diesem Abkommen erfaßt werden, endet unbeschadet der Regelung des § 11a des Vermögensgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. August 1992 (BGBl. I S. 1446) auch ohne Antrag des Berechtigten mit Ablauf des vierten Monats nach Inkrafttreten dieses Abkommens. Soweit Staatsangehörige der Vereinigten Staaten von Amerika sich für die Annahme ihres Anteils am Abfindungsbetrag entschieden haben oder soweit dies gemäß Artikel 3 Absatz 3 dieses Abkommens unterstellt wird, bleibt die staatliche Verwaltung bis zum Übergang des Eigentums auf die Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 3 Absatz 9 Satz 2 dieses Abkommens bestehen.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 4 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 21. Dezember 1992

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Der Bundesminister der Finanzen
Theo Waigel

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika
über die Regelung bestimmter Vermögensansprüche**

**Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Government of the United States of America
concerning the settlement of certain property claims**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika

The Government of the Federal Republic of Germany
and
the Government of the United States of America

sind wie folgt übereingekommen:

have agreed as follows:

Artikel 1

Article 1

Dieses Abkommen erfaßt die Ansprüche von Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika (einschließlich natürlicher und juristischer Personen), die aus der Verstaatlichung, der Enteignung, staatlichem Eingriff oder sonstigen Wegnahmen oder besonderen Maßnahmen in bezug auf das Vermögen von Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika vor dem 18. Oktober 1976 entstanden sind und die unter das Programm der Vereinigten Staaten von Amerika über Ansprüche gegen die Deutsche Demokratische Republik gemäß dem Bundesgesetz der Vereinigten Staaten von Amerika 94-542 vom 18. Oktober 1976 („Programm der Vereinigten Staaten von Amerika“) fallen.

This agreement shall cover claims of nationals of the United States (including natural and juridical persons) arising from any nationalization, expropriation, intervention, or other taking of, or special measures directed against, property of nationals of the United States before October 18, 1976, covered by the United States German Democratic Republic Claims Program established by United States Public Law 94-542 of October 18, 1976 (the "United States Program").

Artikel 2

Article 2

(1) Zur Abgeltung der Ansprüche nach Artikel 1 in Übereinstimmung mit diesem Abkommen vereinbaren die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einen Abfindungsbetrag von US-\$ 190 Millionen (in Worten: einhundertundneunzig Millionen US-Dollar) – („Abfindungsbetrag“).

1. In settlement of claims covered by article 1 in accordance with this agreement, the Government of the United States and the Government of the Federal Republic of Germany agree on a settlement amount of U.S. \$ 190 million (one hundred ninety million United States dollars) (the "settlement amount").

(2) Der von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zu überweisende endgültige Betrag („endgültiger Überweisungsbetrag“) ist der Abfindungsbetrag abzüglich des Verrechnungsbetrags und aller nach Absatz 7 festgestellten Beträge. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland leistet mit Inkrafttreten dieses Abkommens eine Abschlagszahlung von US-\$ 160 Millionen (in Worten: einhundertundsechzig Millionen US-Dollar) auf den endgültigen Überweisungsbetrag. Der endgültige Überweisungsbetrag wird nach den Bestimmungen dieses Abkommens festgestellt.

2. The final amount to be transferred by the Government of the Federal Republic of Germany to the Government of the United States (the "final transfer amount") shall be the settlement amount minus the offset amount and any amount determined pursuant to paragraph 7. Upon the entry into force of this agreement, the Government of the Federal Republic of Germany shall make an interim payment of U.S. \$ 160 million (one hundred sixty million United States dollars) on account of the final transfer amount. The final transfer amount shall be determined according to the provisions of this agreement.

(3) Liegt der endgültige Überweisungsbetrag unter US-\$ 160 Millionen, so zahlt die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika den überzahlten Betrag innerhalb von zwei Monaten nach Feststellung des endgültigen Überweisungsbetrags an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zurück.

3. In the event that the final transfer amount is less than U.S. \$ 160 million, the Government of the United States shall repay the surplus amount to the Government of the Federal Republic of Germany within two months after determination of the final transfer amount.

(4) Liegt der endgültige Überweisungsbetrag über US-\$ 160 Millionen, so überweist die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika innerhalb von zwei Monaten nach Feststellung des endgültigen Überweisungsbetrags den Differenzbetrag bis zur Höhe von US-\$ 30 Millionen (in Worten: dreißig Millionen US-Dollar).

4. In the event that the final transfer amount exceeds U.S. \$ 160 million, the Government of the Federal Republic of Germany shall pay the difference, up to an amount of U.S. \$ 30 million (thirty million United States dollars), to the Government of the United States within two months after determination of the final transfer amount.

(5) Der „Verrechnungsbetrag“ errechnet sich aus

- a) den Beträgen, die diejenigen Personen nach dem Programm der Vereinigten Staaten von Amerika erhalten hätten, die sich nach Artikel 3 dafür entscheiden, innerstaatliche Verfahren in der Bundesrepublik Deutschland in Anspruch zu nehmen, oder bei denen dies unterstellt wird, und
- b) Beträgen, die die Bundesrepublik Deutschland nachweislich nach dem Lastenausgleichsgesetz oder anderen deutschen Vorschriften Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika für die Vermögenswerte gezahlt hat, in bezug auf die sich die betreffenden Staatsangehörigen nach Artikel 3 dafür entscheiden, einen Teil des Abfindungsbetrags anzunehmen, oder in bezug auf die dies unterstellt wird, soweit diese Zahlungen nicht bereits bei einer Entscheidung im Rahmen des Programms der Vereinigten Staaten von Amerika berücksichtigt worden sind.

(6) Innerhalb von sechs Monaten nach dem Tag, an dem die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika der Regierung der Bundesrepublik Deutschland den Verrechnungsbetrag notifiziert hat, stellen die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika in Übereinstimmung mit diesem Abkommen den endgültigen Überweisungsbetrag fest. Danach machen die Vereinigten Staaten von Amerika keine Ansprüche mehr nach Artikel 1 geltend.

(7) Weist die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach Notifizierung des Verrechnungsbetrags durch die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, aber vor Feststellung des endgültigen Überweisungsbetrags gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika nach, daß sie einem Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika für Vermögenswerte, in bezug auf die sich der Staatsangehörige gemäß Artikel 3 dafür entschieden hat, einen Teil des Abfindungsbetrags anzunehmen, oder in bezug auf die ihm dies unterstellt wird, Rückerstattung oder Entschädigung nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen oder späteren Vorschriften gewährt hat, so vermindert sich der Überweisungsbetrag um den Anteil des betreffenden Staatsangehörigen an der Entschädigung nach dem Programm der Vereinigten Staaten von Amerika, der auf diese Vermögenswerte entfallen wäre.

(8) Weist die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach Feststellung des endgültigen Überweisungsbetrags gemäß Absatz 6 gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika nach, daß sie einem Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika nach Inkrafttreten dieses Abkommens Rückerstattung oder Entschädigung für Vermögenswerte gewährt hat, in bezug auf die sich der Staatsangehörige gemäß Artikel 3 dafür entschieden hat, einen Teil des Abfindungsbetrags anzunehmen oder in bezug auf die ihm dies unterstellt wird, so wird die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika

- a) vor der Auszahlung des entsprechenden Anteils an der Entschädigung nach dem Programm der Vereinigten Staaten von Amerika an den Staatsangehörigen seinen Anteil an der Entschädigung, der auf diese Vermögenswerte entfallen wäre, an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zurückzahlen;
- b) nach der Auszahlung des entsprechenden Anteils an der Entschädigung nach dem Programm der Vereinigten Staaten von Amerika an den Staatsangehörigen ein geeignetes Verfahren nach dem Recht der Vereinigten Staaten von Amerika einleiten, um diesen Betrag von dem Staatsangehörigen einzutreiben und den eingetriebenen Betrag an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zurückzuzahlen.

(9) Die Vereinigten Staaten von Amerika sind allein verantwortlich für die Verteilung des endgültigen Überweisungsbetrags in Übereinstimmung mit dem Recht der Vereinigten Staaten von Amerika.

Artikel 3

(1) Innerhalb von zwei Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens gibt die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika ihren Staatsangehörigen, die nach dem Recht der Ver-

5. The "offset amount" shall be the sum of:

- (a) the amounts that would have been received under the United States Program by persons who elect or are deemed to have elected pursuant to article 3 to pursue domestic remedies in the Federal Republic of Germany, and
- (b) amounts the Federal Republic of Germany documents that it has paid under the Act Governing the Equalization of Burdens ("Lastenausgleichsgesetz") or other German provisions to United States nationals for those properties for which such nationals elect or are deemed to have elected pursuant to article 3 to receive a portion of the settlement amount, to the extent that such payments have not already been taken into account in an award issued under the United States Program.

6. Within six months after the Government of the United States notifies the Government of the Federal Republic of Germany of the offset amount, the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the United States shall determine the final transfer amount in accordance with this agreement. The United States shall not thereafter espouse claims covered by article 1.

7. If, after the Government of the United States notifies the Government of the Federal Republic of Germany of the offset amount but before the final transfer amount is determined, the Government of the Federal Republic of Germany documents to the Government of the United States that it has provided restitution or compensation to a United States national under the Law Regulating Open Property Issues („Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen") or subsequent provisions for those properties for which such national has elected or been deemed to have elected to receive a portion of the settlement amount pursuant to article 3, the transfer amount shall be reduced by that national's portion of the compensation attributable to those properties under the United States Program.

8. If, after determination of the final transfer amount in accordance with paragraph 6, the Government of the Federal Republic of Germany documents to the Government of the United States that it has provided restitution or compensation after the entry into force of this agreement to a United States national for those properties for which such national has elected or been deemed to have elected to receive a portion of the settlement amount pursuant to article 3, the Government of the United States shall:

- (a) before distribution to that national of the relevant portion of the compensation under the United States Program, refund to the Government of the Federal Republic of Germany that national's portion of the compensation attributable to those properties under the United States Program;
- (b) after distribution to that national of the relevant portion of the compensation under the United States Program, institute appropriate proceedings under the laws of the United States to recover such amount from that national and return the amount recovered to the Government of the Federal Republic of Germany.

9. The United States shall be exclusively responsible for the distribution of the final transfer amount in accordance with the laws of the United States.

Article 3

1. Within two months after the entry into force of this agreement, the Government of the United States shall offer its nationals who would be entitled to a portion of the settlement amount under

einigten Staaten von Amerika Anspruch auf einen Teil des Abfindungsbetrags haben, Gelegenheit, sich zu entscheiden, ob sie diesen Teil des Abfindungsbetrags annehmen oder innerstaatliche Verfahren in der Bundesrepublik Deutschland in Anspruch nehmen wollen. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika befristet diese Wahlmöglichkeit und notifiziert der Regierung der Bundesrepublik Deutschland den gemäß Artikel 2 Absatz 5 festgestellten Verrechnungsbetrag innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens. Bezieht sich eine im Rahmen des Programms der Vereinigten Staaten von Amerika ergangene Entscheidung auf mehrere getrennte Vermögenswerte, so kann sich der Anspruchsteller dafür entscheiden, den einem dieser Vermögenswerte zurechenbaren Teil des Abfindungsbetrags anzunehmen und in bezug auf sonstige Vermögenswerte innerstaatliche Verfahren in der Bundesrepublik Deutschland in Anspruch zu nehmen, soweit dies nach deutschem Recht zulässig ist.

(2) Soweit Ansprüche eines Unternehmens der Vereinigten Staaten von Amerika Vermögenswerte betreffen, die zum Zeitpunkt ihres Entzugs einer in Deutschland eingetragenen Tochtergesellschaft zustanden, kann dieses Unternehmen sich nur dann für die Annahme des ihm zustehenden Anteils der Entschädigung nach dem Programm der Vereinigten Staaten von Amerika entscheiden, wenn die Tochtergesellschaft auf ihre Ansprüche auf diese Vermögenswerte im innerstaatlichen deutschen Verfahren ausdrücklich verzichtet.

(3) Bei einem Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika, der bis zu einer von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika festzulegenden Frist keine Entscheidung getroffen hat, wird unterstellt, daß er sich dafür entschieden hat, einen Teil des Abfindungsbetrags anzunehmen.

(4) Weist die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika innerhalb von vier Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens nach, daß sie einem Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika in bezug auf Vermögenswerte, die von dem betreffenden Staatsangehörigen aufgrund des Programms der Vereinigten Staaten von Amerika beansprucht worden sind, Rückerstattung oder Entschädigung nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen oder späteren Vorschriften gewährt hat, so wird bei diesem Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika unterstellt, daß er sich dafür entschieden hat, in bezug auf diese Vermögenswerte innerstaatliche Verfahren in der Bundesrepublik Deutschland in Anspruch zu nehmen. Jedem Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika, der Entschädigung oder Rückerstattung für Vermögenswerte gemäß Artikel 2 Absatz 7 oder Artikel 2 Absatz 8 Buchstabe a erhalten hat, wird unterstellt, daß er sich in bezug auf diese Vermögenswerte dafür entschieden hat, das innerstaatliche Verfahren in der Bundesrepublik Deutschland in Anspruch zu nehmen.

(5) Weist die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in bezug auf einen Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika, der sich dafür entscheidet, einen Teil des Abfindungsbetrags anzunehmen, oder bei dem dies unterstellt wird, gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika innerhalb von vier Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens nach, daß sie in bezug auf Vermögenswerte, die von dem betreffenden Staatsangehörigen aufgrund des Programms der Vereinigten Staaten von Amerika beansprucht worden sind, Entschädigung nach dem Lastenausgleichsgesetz oder nach anderen deutschen Vorschriften gezahlt hat, so wird bei dem betreffenden Staatsangehörigen unterstellt, daß er den entsprechenden Grundbetrag seines Anteils an der Entschädigung aufgrund des Programms der Vereinigten Staaten von Amerika einschließlich aller darauf entfallenden Zinsen an die Bundesrepublik Deutschland übertragen hat, soweit dieser Betrag nicht bereits bei einer Entscheidung im Rahmen des Programms der Vereinigten Staaten von Amerika berücksichtigt worden ist.

(6) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gewährt den Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika, die sich nach diesem Artikel dafür entscheiden, innerstaatliche Ver-

United States law the opportunity to elect whether to receive that portion of the settlement amount or to pursue domestic remedies in the Federal Republic of Germany. The Government of the United States shall establish a time limit for this election and notify the Government of the Federal Republic of Germany of the offset amount determined pursuant to article 2(5) within six months of the entry into force of this agreement. Where an award issued under the United States Program covers multiple separate properties, the claimant may elect to receive the portion of the settlement amount attributable to any of those properties and to pursue domestic remedies in the Federal Republic of Germany for any other of those properties insofar as is permissible under German law.

2. Where claims made by a United States corporation cover properties belonging at the time of taking to a subsidiary incorporated in Germany, that corporation may elect to receive its portion of the compensation under the United States Program only if the subsidiary waives its claims for such properties in the domestic German proceedings.

3. Any United States national who makes no election by a time limit to be established by the Government of the United States shall be deemed to have elected to receive a portion of the settlement amount.

4. If the Government of the Federal Republic of Germany documents to the Government of the United States within four months after the entry into force of this agreement that it has provided restitution or compensation to any United States national under the Law Regulating Open Property Issues ("Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen") or subsequent provisions for any properties claimed by that national under the United States Program, that United States national shall be deemed to have elected to pursue domestic remedies in the Federal Republic of Germany with respect to such properties. Any United States national who has received compensation or restitution for properties under the circumstances described in articles 2(7) and 2(8)(a) shall also be deemed to have elected to pursue domestic remedies in the Federal Republic of Germany with respect to such properties.

5. For any United States national who elects or is deemed to have elected to receive a portion of the settlement amount, if the Government of the Federal Republic of Germany documents to the Government of the United States within four months after the entry into force of this agreement that it has paid compensation under the Act Governing the Equalization of Burdens ("Lastenausgleichsgesetz") or other German provisions for any property claimed by that national under the United States Program, that national shall be deemed to have transferred an equivalent principal amount of such compensation from his portion of the compensation under the United States Program, including any attributable interest, to the Federal Republic of Germany, to the extent that this amount has not already been taken into account in an award issued under the United States Program.

6. The Government of the Federal Republic of Germany shall afford United States nationals who elect pursuant to this article to pursue domestic remedies in the Federal Republic of Germany

fahren in der Bundesrepublik Deutschland in Anspruch zu nehmen, die gleichen Rechte, die sie deutschen Staatsangehörigen nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland in bezug auf die gerichtliche Verfolgung und den Empfang von Entschädigung, Rückerstattung oder sonstigen Ausgleichsleistungen nach innerstaatlichen Entschädigungsverfahren innerhalb der Bundesrepublik Deutschland gewährt. Staatsangehörige der Vereinigten Staaten von Amerika, die sich nicht dafür entscheiden, haben diese Rechte nicht.

(7) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gewährt Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika (einschließlich natürlicher und juristischer Personen), die am oder nach dem 18. Oktober 1976 entstandene Ansprüche haben, die gleichen Rechte, die sie deutschen Staatsangehörigen nach den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland in bezug auf die gerichtliche Verfolgung und den Empfang von Entschädigung, Rückerstattung oder sonstigen Ausgleichsleistungen in innerstaatlichen Entschädigungsverfahren gewährt.

(8) Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika der Regierung der Bundesrepublik Deutschland den Verrechnungsbetrag notifiziert, stellt sie ihr gleichzeitig eine Liste aller ihrer Staatsangehörigen, die Ansprüche nach Artikel 1 haben, zur Verfügung, aus der die nach diesem Artikel getroffene Entscheidung sowie alle erhältlichen Einzelheiten der von diesem Abkommen erfaßten Ansprüche jedes Staatsangehörigen gemäß dem in der Anlage festgelegten Muster hervorgehen.

(9) Dieses Abkommen stellt eine vollständige und abschließende Regelung und Abwicklung der Ansprüche von Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika nach Artikel 1 dar, die sich nicht nach diesem Artikel dafür entscheiden, innerstaatliche Verfahren in der Bundesrepublik Deutschland in Anspruch zu nehmen. Rechtstitel dieser Staatsangehörigen auf jegliche Vermögenswerte in der Bundesrepublik Deutschland, die durch solche Ansprüche erfaßt werden, oder Rechte oder Interessen jeglicher Art an diesen Vermögenswerten gehen aufgrund dieses Abkommens mit der Feststellung des endgültigen Überweisungsbetrags auf die Bundesrepublik Deutschland über. Insoweit bedarf es keiner weiteren Handlung oder Erklärung der betroffenen Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika.

Artikel 4

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Als Tag des Inkrafttretens des Abkommens wird der Tag des Eingangs der letzten Notifikation angesehen.

Geschehen zu Bonn, am 13. Mai 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany
Lautenschlager

Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika
For the Government of the United States of America
Robert M. Kimmitt

the same rights as it affords German nationals under the laws of the Federal Republic of Germany to pursue and receive compensation, restitution, or any other remedy available under domestic compensation procedures within the Federal Republic of Germany. United States nationals who do not so elect shall not have such rights.

7. The Government of the Federal Republic of Germany shall afford United States nationals (including natural and juridical persons) with claims arising on or after October 18, 1976, the same rights as it affords German nationals under the laws of the Federal Republic of Germany to pursue and receive compensation, restitution, or any other local remedy available under domestic compensation procedures.

8. At the time of notification by the Government of the United States to the Government of the Federal Republic of Germany of the offset amount, the Government of the United States shall provide the Federal Republic of Germany with a list of all of its nationals with claims covered by article 1 indicating the election made pursuant to this article, as well as all available details of the claims covered by this agreement of each such national in accordance with the format set forth in the Annex.

9. This agreement shall constitute a full and final settlement and discharge of claims covered by article 1 of United States nationals who do not elect pursuant to article 3 to pursue domestic remedies in the Federal Republic of Germany. Such nationals' title to, or rights or interests of any kind in, property of whatever nature in the Federal Republic of Germany covered by such claims shall be transferred by operation of this agreement to the Federal Republic of Germany when the final transfer amount has been determined. No further action or declaration by the United States nationals concerned shall be required in this regard.

Article 4

This agreement shall enter into force on the date on which the parties have notified each other that the necessary domestic requirements have been fulfilled. The date of entry into force shall be the date the latter notification is received.

Done at Bonn this 13th day of May, 1992, in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Anlage

Muster nach Artikel 3 Absatz 8

Bezeichnung des Teilnehmers am Programm der Vereinigten Staaten von Amerika:

Name	Vorname	Geburtsdatum
------	---------	--------------

Anschrift:

Gegebenenfalls Grundlage, auf der das Eigentum an dem Anspruch beruht:

Genaue Bezeichnung des Vermögenswerts:

Bei Grundstücken:

- Gemarkung, Flur, Flurstück, Größe, Eintragungsstelle
- Grundbuch von: Blatt:
- Eingetragener Eigentümer nach Namen, Vornamen, Geburtsdatum

Wenn der Teilnehmer am Programm der Vereinigten Staaten von Amerika auch einen Anspruch auf denselben Vermögensgegenstand im innerstaatlichen deutschen Verfahren geltend gemacht hat:

- Datum der Anmeldung
- Landratsamt
- Register- bzw. Aktenzeichen

Annex

Format Referred to in Article 3 (8)

Personal Data of Participant in the United States Program

Last name	First name	Date of birth
-----------	------------	---------------

Address

Basis of ownership of claim, as appropriate

Precise details of property concerned

For real estate:

- cadastral district (Gemarkung), subdistrict (Flur), lot (Flurstück), dimensions, registration office
- land register of: folio:
- last name, first name, and date of birth of registered owner

If the participant in the United States Program has also filed a claim for the same property in the domestic German program:

- date of application
- district office
- registry or file number